

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Dienstag, den 24. Mai 1921

Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche...

Anzeigenpreise: Die 6 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 0,80 Mk. ...

Der Aufmarsch der Orge

Das neue Baltikum

Fieberhaft sind sie an der Arbeit. Kein Ruhen und kein ...

bekanntgegeben worden, daß die Entlohnung 40 bis 50 R. beträgt ...

Weiter ist bekannt geworden, daß ehemalige Studenten der ...

Dresden ist kein Zufall. Aus Dahnem anbern Städten wird das ...

Aufruf

Freiwillige für das Rotkustkorps nach Oberschlesien! 40 Mark pro Tag ...

Das ist deutlich. „Entschlossene“ und „unbedingt zuverlässige“ Männer ...

Auf dem Kreisarbeitsnachweis in Finsterwalde sind am Donnerstag, den 19. Mai, 25 Arbeitstole angeworben ...

Die Werbestelle Kreis Ludau arbeitet mit Hochdruck und nicht an, wer sich ihr an bietet. Die Formationen Brandenburg ...

Arbeiter: Heute sind es eure aufständischen Klassenbrüder in Oberschlesien ...

Es ehm selbst ihr habt die ober-schlesischen ...

Ein neuer Weiskartransport hat Dresden passiert und ist dort von den Eisenbahnen aufgehalten worden.

Dresden, 21. Mai 1921.

Wie schon am 19. Mai, passierte am heutigen Tage wieder mit dem Schnellzuge früh 7,15 Uhr ein Transport 100 Mann ...

Durch Aufreife in den Münchener Zeitungen werden ehemalige Angehörige von weiskaristischen Formationen ...

Die Leitung dieser Maßnahme liegt in den Händen eines Oberleutnants. Bei Meldung wird den Leuten ein Schein ...

Ausweis

Der ... ist oberschlesischer Oberfleher und auf dem Transport nach seiner Heimat.

Berein heimattreuer Oberschlesier, Ortsgruppe München.

Es wird ihnen in verlässlicher Form zu verstehen gegeben, daß ...

Kahr herrscht unbeschränkt!

Gesamtkonferenz in Ulm verhaftet, darunter Landtagsabgeordneter Oberlein.

In Bayern herrscht Belagerungszustand. Die kommunistische Presse ist verboten. Die Kommunisten dürfen weder öffentliche noch ...

Das Internierungslager bei Follbus

Zu einem richtigen Krieg gehören nicht nur Soldaten und Kriegserleichterter, sondern auch Internierungslager. Schon vor einiger Zeit wurde über das Internierungslager in Ellow bei ...

Eine Vorstellung der polnischen Regierung bei der Reichsregierung über die Vorgänge im Konzentrationslager bei Kattbus ...

Die „Reichswehr“ hat die Aufgabe, alle diese Vorgänge zu beobachten und zur rechten Zeit einzureisenden Truppentransporte zu verhindern.

Der Prozeß gegen den Gen. Brandler

Am 6. und 8. Juni findet vor dem Berliner Sondergericht der Prozeß gegen den Genossen Brandler statt. Die Staatsanwaltschaft hat eine ...

Das neue Aufmarschgebiet der deutschen Konterrevolution ist Schlesien. Unter dem Deckmantel der nationalen Verteidigung hat die deutsche Bourgeoisie in Schlesien ...

Das eigentliche Ziel des schlesischen „Heimatschutzes“ liegt nicht in Oberschlesien. Das Ziel dieser Verbrecher von Regierungsanaden ist Berlin.

Die ... dieser Freiwilligenformationen ist nicht das Werk meniaer Töne, sondern sie ist eine längst vorbereitete Aktion.

Politische Uebersicht

Die Sozialdemokratie im Bunde mit der Volkspartei

Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten im Haag, Dr. Rosen, zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt und den Reichsanwalt von der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden.

Der Außenminister ist also endlich gefunden. Wenn die U.S.A. noch immer darüber geschwankt hat, welche Abtastung sie mit ihrer Hilfe geschaffen und von ihr geübte Ministerium hegt, so hat sie jetzt die klare Antwort. Dr. Rosen zum Außenminister bedeutet die Erweiterung der Koalition nach rechts, sie bedeutet die Erfüllung der alten Forderung Kapp's „Fachminister“. Mit Dr. Rosen, der vor dem Kriege zuerst als Konsul, dann als Gesandter, auch während des Krieges als Gesandter von Wilhelm II. für seinen Dienst würdig befunden wurde, tritt ein Mann ins Ministerium, der des vollsten Vertrauens der Monarchistenpartei sicher sein kann, dessen Ernennung die Blätter der Deutschen Volkspartei auch aus vollem Herzen zu hüten.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben sich in einer großen Anzahl Versammlungen und Konferenzen gegen die Teilnahme von Sozialdemokraten an einer Regierung gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei ausgesprochen. Die sozialdemokratischen Führer, für die es gefährlich wäre offen mit der Volkspartei zu koalieren, tun dies mit einem wilhelminischen Beamten, der Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei ist.

Zu gleicher Zeit teilt zu allem Ueberflusse Dr. Wirth, der Reichsminister, jetzt mit, daß er die Mitarbeit jener großen wirtschaftlichen Führer, die in der Kriegszeit dem deutschen Volke durch Organisationsarbeit das Ausharren im Weltkampfe ermöglicht haben, an der Regierung wünscht. Also der Stinnes und der anderen Kriegshelden und Durchhaltepolitiker. Und jetzt sollen die unabhängigen Führer es nur noch weiter wagen mit untertänigster Kellnerverbeugung der hochverdienten Regierung ihre Forderungen als Regierungsprogramme vorzulegen und der zu Grunde gehenden Arbeiterklasse vorzutun, daß es möglich sei, durch parlamentarische Herummängeln die Annahme der Forderungen durch die Regierungsparteien zu erwirken.

Die Regierung zeigt durch die Erweiterung der Koalition nach rechts auch der U.S.A. und sozialdemokratischen Arbeiterklasse unverkennbar an, daß sie entschlossen ist, alle Ratten des Ultimatums auf die Arbeiterklasse zu wälzen eine Herrschaft im Sinne der Schwerindustrie zu führen. Die SPD. und U.S.D.-Parteien leisten dieser Regierung Gefolgschaft, die einzige Antwort der Arbeiterklasse muß sein:

Weg mit den verräterischen Führern, Sammlung um die K.P.D., die allein gewillt ist, die Forderungen kämpfend durchzusetzen.

Das Reich in Gefahr!

Je „mahnender“ die Herren Gradnauer und Wirth sich der Kahr-Regierung gegenüber verhalten, desto frecher werden die Orgelehandlanten. Von einer loyalen Durchführung der Auflösung und Enttarnung der Einwohnerwehren ist in keinem Lager der bayerischen Gegenrevolution, von der bayerischen Volkspartei angefangen bis zu den bayerischen Demokraten, mehr die Rede. Das Höchstmaß an „Zugeständnissen“ kündigt die offizielle Korrespondenz der bayerischen Volkspartei damit an, daß sie erklärt, heute laufe die Frage, wie man besten den aufgezwungenen Verhältnissen Rechnung tragen werden kann, ohne daß die Autorität der Regierung und die Ruhe im Lande dabei in Mitleidenschaft gezogen werden.

Das „Entgegenkommen“ selbst der sogenannten gemäßigten Elemente in Bayern beschränkt sich also darauf, durch einen formalen Scheinvertrag, durch Namensänderungen oder dergleichen das Weiterbestehen der Einwohnerwehren zu sichern.

Klarer als durch die diplomatischen Phrasen der Kahr'schen Parteikorrespondenz werden die wirklichen Anschauungen und Absichten der bayerischen Orgelehandlanten durch den berühmten „Miesbacher Anzeiger“ wiedergegeben. Dieses offizielle Amtsorgan der bayerischen Regierung, schreibt am 20. Mai:

„Deutschland ist nicht mehr! Und Neu-Deutschland ist wert, daß es zur Grube fährt. Die Weimarer Verfassung ist nicht zu reformieren, nicht zu verbessern, nur zu zerstören und zu zerstören kann man sie... Man hat Schindler getrieben mit allen Ehrfurcht und aufständigen Deutschen, und die Neu-Deutschen unter Führung der Juden treiben ohne Rücksicht auf Bayern in Berlin eine Kuppelaktion, die Bayern auf die Dauer nicht tragen kann... Und dieses Berlin wird in den nächsten Tagen den Krieg machen, Bayern zu unterwerfen!

Mit Berlin haben wir verhandelt zu Anfang des Jahres. Es hat uns verraten und verkauft Bayern!... Wollen und müssen wir nicht endlich die Konsequenzen ziehen?

Regiert uns Berlin nicht deutsch, sondern jüdisch-berlinerisch, dann ist es die Schuld, wenn wir dieses neue Deutschland nicht mehr erretten wollen und erneuern können, als Deutsche nicht und als Bayern erst recht nicht! In letzter Stunde: Ihr seid gewarnt! Deutsch sein, heißt heute der grimmigste Feind Berlins sein!

Diese offene Sprache ist keineswegs eine Spezialität des „Miesbacher Anzeigers“. Die unverhüllte Drohung, die Reichseinheit um der Orgele willen zu zerstören, kommt nicht nur aus Miesbach, sondern aus ganz Bayern, und sie wird von den norddeutschen Gesinnungsgenossen der bayerischen Orgelehandlanten gebilligt.

„In letzter Stunde“ veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ einen „Warnungsruf“ aus Bayern, in dem es heißt:

„Eine Frage erheben wir noch im letzten Augenblick! Es könnte bald zu spät sein. Vielleicht es schon zu spät. Macht sich in der Reichsregierung wirklich niemand klar, daß das Gebot mit welchem man sich zum Bunde gegen das bayerische Volk bezieht, das Reich zerstört? Es braucht gar nicht zu einem „Bruch“ zu kommen. Man braucht immer nur an einen Bruch von München aus. Dazu man nur nicht an einen Bruch des Reiches von Berlin aus? Das Reich, der Reichsgedanke wird zerstört. Der Bruch ist schon da.“

„Wenn Herr Peters die Waffen aus Bayern abholen wird, hat das Deutsche Reich aufgehört, existiert, es ist noch so heißt: keine Seite ist losgerissen und der Wut sich Frankreich geht in Erfüllung: daß das Reich ist in deutschen Händen — von Deutschen selbst!“

Die Enttarnungsmassnahmen Gradnauer's, die auf eine Rückentwicklung der Orgele hinwirken, wie ihre Billigung durch Reichstagsmitglieder und Unabhängige haben also die Gefahr einer Zerstörung der Reichseinheit in drohender Nähe gerückt. Die bayerische Gegenrevolution will ihre Orgele behalten, und sie ist bereit, ihr selbst die Einheit Deutschlands zu opfern.

Es gibt nur eine Macht, die diese Gefahr abwehren kann: die Enttarnung der Orgele durch die A-

lassen der Wiederentdeckung auf die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung abwälzen will, dann muß sie die oberstschleischen Vorkämpfer gewähren lassen. Und es ist nichts anderes, als elendes Pharisäertum, wenn die Regierungspresse, vom „Berliner Tageblatt“ bis herunter zur „Freiheit“, ihren Vertrauensmann Wirth auffordert, mit starker Hand gegen die bewaffneten Hakenkreuzler vorzugehen.

Zu der innerpolitischen Krise, in welche die Regierung durch ihr neues Vorkämpfentum getauert ist, gesellt sich unmittelbar eine Verschärfung der außenpolitischen Situation. Die deutsche Regierung hat auf die Notizen der Entente mit Redensarten geantwortet. Nachdem sie den Arbeitern die letzte Mustersache aus der Wohnung geholt hat, stel es ihr nicht im Traum ein, die Selbstschutzorganisationen der Bourgeoisie zu entwaffnen. Im Gegenteil. Die „Welt am Montag“ berichtet von einem großen Waffenlager, das in der unmittelbaren Nähe der Regierung in Berlin „heimlich“ verborgen ist. Im Palais des Prinzen Albrecht in der Wilhelmstraße wurden gefunden:

- 804 Gewehre
- 9 schwere Maschinengewehre
- 8 leichte Maschinengewehre
- 8 Erschöhrer
- 31 Ripen mit Munition
- 60 Munitionsgurte
- 184 Helme
- 38 Handgranaten
- 1 schußbereites Maschinengewehr.

Dieses Waffenlager, das zufällig entdeckt wurde, ist ein Beispiel dafür, wie in allen Gauen Deutschlands die konterrevolutionären Nordgefahren für die notwendigen Waffen zur Niederschlagung des Proletariats sorgen. Die irregulären Barden für Oberschlesien erhalten ihre Waffen und Munition aus diesen geheimen Beständen. Die Ententeregierungen haben zu dieser Situation bereits Stellung genommen, und der „Matin“ meldet, daß die französische Regierung durch ihren Botschafter in Berlin Beschwerde erheben werde wegen der Transporte bayerischer Orgelehandlanten nach Oberschlesien. Die französische Heerespresse fordert Vergeltungsmaßnahmen gegen Deutschland wegen dieser „militärischen Herausforderung“. Diese Vergeltungsmaßnahmen hätte selbstverständlich allein das Proletariat zu tragen. Während in Schlesien die Konterrevolution planmäßig alle Kräfte zu einem neuen bewaffneten Aufstand zusammenführt, wechselt Herr Wirth mit der französischen Regierung Noten über Oberschlesien und beteuert die Unschuld der Stinnesregierung.

Die Existenz jeder bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung muß sich in der Periode des Bürgerkrieges auf die legalen und illegalen Freischaren der Konterrevolution stützen. Es ist ein naiver Köhlerglaube, anzunehmen, daß eine kapitalistische Regierung, die nur durch die Diktatur der Bajonette herrschen kann, ihre Machtgrundlage freiwillig opfert. Das republikanische Deutschland der Stinnes und Fischer ist entstanden aus den blutigen Kämpfen zwischen den ersten weißen Gardes der Bourgeoisie und den bewaffneten Proletariaten. In der Wiege der Oberdemokratie stehen die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Nur mit Gewalt hat seitdem die bürgerliche Gesellschaft ihre Klassenrechte behaupten können. Das Kabinett Wirth-Bauer kann deshalb nicht an die Klasse appellieren, die allein die Kraft und den Willen hätte, die Freischärlerbanditen zum Teufel zu jagen. Die Regierung steht vor der Alternative: mit den Freischälern gegen die Arbeiter oder Selbstaufgabe. Sie wählt das erstere. Denn das eine ist klar, wenn die Arbeiterklasse heute noch einmal gegen eine Kapprevolution in ihrer gemeinsamen Front aufmarschiert, dann läßt sie sich nicht noch einmal mit acht Punkten oder einem Bielefelder Abkommen heimlich. Die Arbeiterklasse wird aus der Geschichte der deutschen Revolution die Lehren ziehen, die sie auf dem Golgathaweg bitterer Erfahrungen und Enttäuschungen gesammelt hat. In dieser Nation werden die sozialdemokratischen, die unabhängigen und die kommunistischen Arbeiter Schulter an Schulter stehen und in zarter Waffenbrüderschaft den gemeinsamen Klassenfeind besiegen. Dazu aber ist notwendig, daß jetzt schon alle Arbeiter, ganz gleich, welcher Parteirichtung, auf dem Posten sind, und den Forderungen folgen, die der Maiaustausch der Vereinigten kommunistischen Partei ausgegeben hat:

Behindert alle illegalen Truppentransporte!

Spürt alle illegalen Waffen- und Munitionslager auf!

Läßt keinen Neubaltikum nach Schlesien!

Ein englisches Zeugnis über den Klassenkampf der ober-schlesischen Bergarbeiter

Im Auftrag des „Daily Herald“ hat Phillips Price das Kampfbild in Oberschlesien besucht; er sendet nun durch seinen Mann einen sehr bemerkenswerten Bericht. Er weist darauf hin, daß die politischen Unzufriedenheiten die Unterdrückung durch die deutschen Zehnenbesitzer und Juncker nicht länger ertragen wollen. Sie erwarten, daß kurzzeitig ihnen bessere Lebensbedingungen verschafft, und sie werden sich bald gegen ihn wenden, wenn sie sehen, daß er ihre Hoffnungen enttäuscht. Für das Mißtrauen, mit dem die Korjantanten der Kommunisten entgegengetreten, ist folgende Fall bezeichnend: Price wurde in Hinzenburg von 2 Korjantanten verhaftet, weil er auf der Straße die ober-schlesische „Rote Fahne“ las. Er wurde vor den politischen Polizeibehörden des Ortes gebracht, der ihm erklärte, daß die ober-schlesische „Rote Fahne“ eine verbotene antipolitische Zeitung sei. Der englische Korrespondent erwiderte darauf, daß das kommunistische Organ weder antipolitisch, noch antideutsch, sondern einfach nur proletarisch sei. Er wurde nach kurzem Verhör wieder freigelassen. — Price war auch bei den bayerischen Orgelehandlanten in Oberschlesien und er berichtet, daß mehrere der Offiziere, die er traf, aus München und Berlin kommen.

Auch eine ober-schlesische Meldung des amtlichen englischen Botschaftsbeamten zeigt, daß unter den Anhängern Korjantans die Meinung zum Kommunismus zunimmt.

herrschaft. Norddeutsche und bayerische Arbeiterhand in Hand müssen die Absichten der Orgelehandlanten vereiteln. Unbekümmert um alle „Maßnahmen“ der Wirth-Regierung, um ihre Verhandlungen mit dem Kahr-Kabinett und ihre Verständigungsversuche, müssen sie durch die Abschneidung Bayerns von der Kohlenzufuhr, durch die vollständige Blockade Bayerns, durch die Bewaffnung der Arbeiterklasse die Orgelehandlanten auf die Knie zwingen.

Die Reichsregierung und die Kriegsrüstungen

Das Auswärtige Amt hat auf die Aufforderung der Interalliierten Militärkontrollkommission, die Rüstungen der Orgelehandlanten zu verhindern, mit einer Note geantwortet, in der sie behauptet, alle Wünsche der Kommission schon längst erfüllt zu haben. Die Militärbehörden seien angewiesen, die Bildung etwaiger Freiwilligenformationen mit allen Mitteln zu verhindern, Polizei und Gerichtsbehörden seien angewiesen, von den Bestimmungen des Strafbuches gegen die Bildung bewaffneter Hausen unachtsam Gebrauch zu machen und namentlich gegen Zeitungen einzuschreiten, in denen Werberläufe erscheinen.

Die angeblichen „Anweisungen“ der Reichsregierung sind nichts als ein Verstoß, der Entente Sand in die Augen zu streuen. Man hat bisher nichts davon gehört, daß diese Anweisungen irgendwo befolgt worden waren. Das ganze bisherige Verhalten der Regierung beweist, daß sie — zumindest mit dem Herzen — auf Seiten der Orgelehandlanten steht. Und selbst wenn die Anweisungen der Regierung so wären, daß sie von ihren eigenen Behörden ernst genommen würden, hätte die Regierung nicht die Macht, ihre Durchführung zu erzwingen. Denn das Zentrum der Kriegsrüstungen gegen Oberschlesien ist heute Kahr-Bayern.

Die Arbeiterklasse darf sich nicht durch die verlogene Erklärung der Regierung davon abhalten lassen, selber den Orgelehandlanten das Handwerk zu legen. Nur wenn sie alle Truppentransporte, alle Ansammlungen und Werbungen der Orgelehandlanten gewaltsam verhindert, kann sie dem Orgelehandlanten in Oberschlesien ein Ende bereiten!

Aus der Schu'e des preussischen Militarismus

Am 23. Mai begann in Leipzig vor dem Reichsgericht der erste Prozeß gegen die Kriegsverbrecher. Wer glaubt, daß einer von den großen Kriegsverbrechern vor den Richtern stand, der irrt sich. Der erste Angeklagte ist ein Unteroffizier, der in einem Gefangenenslager die Gefangenen mißhandelt hat. Während des Krieges wird die Fähigkeit zu präzisen und mit Steinen zu werfen, ihm sicherlich das Lob seiner Vorgesetzten eingebracht haben. Heute steht er und nicht diese unter Anklage. Aber er weiß noch alles, was er bei den Preußen gelernt hat. Auf die Frage des Vorstehenden, ob ihm vor Übernahme des Kommandos klar gemacht worden sei, wie er mit den Gefangenen zu verfahren habe, und als er dieses verneint, ob er sich erkundigt hätte, antwortet er: „Die Leute sollten arbeiten. Der Befehl habe ich erhalten. Der Soldat führt seine Befehle aus, selbst wenn er dabei zu Grunde geht.“ Auch sonst kennt er noch die vor dem Kriegsgericht geltenden Ausreden: „Ich habe Befehle.“

Mit dem Gewehrholben will er niemand erschlagen haben, aber es hätte sich jemand vielleicht an seinem Gewehrholben gehalten. Der Vorstehende aber weiß, daß solche faulen Ausreden wohl kaum Zweck haben und macht den Angeklagten darauf aufmerksam, daß derartige Erklärungen unklar seien, da sie doch kein Mensch glaubt. „Soll ich mir die Hände für möglich, Und weshalb? Er laut: „Als ich Rekrut war, tat das mein Befehlshaber auch.“ Der Vorstehende scheint alles verzeihen zu haben, was die deutsche Presse während des Krieges geschrieben hat. Denn er laßt zu dem Angeklagten, daß er doch wissen mußte, daß man Leute anderer Nationalität anders behandelt. Er kommt zu dieser Äußerung wohl nur deshalb, weil es auch heute noch keine strafbare Handlung ist, Soldaten mißhandelt zu haben, ein Beweis dafür, daß die Entente mehr gefielet hat als die Revolution.

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche bürgerliche Presse dieses Produkt preussischer Erziehung in Schutz nimmt. Kriegsverbrecher wird mit Anführerzeichen gebracht. Dafür ist die Anwesenheit des englischen Generalstaatsanwalts etwas, worüber man sich entrüsten muß. Man weiß also auch heute noch die Kulturtaten prägende Unteroffiziere zu schätzen.

Eine lächerliche Justizkomödie

Der „Freund des Kaisers“ als Brillantenschieber

Einen tiefen Einblick in die vaterländische Gesinnung der adelichen Kreise brachte eine Verhandlung des Vorkrieges Amtsgerichts gegen den Grafen S. (die Berichte verschweigen schamhaft seinen Namen) wegen Kapitalverbrechen nach dem Auslande. Auf einer Reise nach Holland wurde der Graf in Bentheim, der deutschen Grenzpoststation, untersucht. Nachdem die Koffer visuiert waren, verlor er einen Schmuck.

im Werte von anderthalb Millionen Mark, den er schlauer Weise vorher in der Hotelkammer versteckt hatte, geschwind in die Koffer zu schieben. Der Anklage verlor er vor Gericht glaubhaft zu machen, er habe den Schmuck nur für eine Festlichkeit nach Holland genommen, um ihn später wieder zurückzubringen. Der Staatsanwalt beantragte Einziehung des Schmuckes und drei Millionen Mark Geldstrafe.

Der Verteidiger führte demgegenüber aus, daß der Angeklagte das Ausfuhrverbot für Schmuckgegenstände nicht gekannt (!) habe. Das Gericht ließ sich den Ausführungen des Verteidigers an und führte aus: Nach der in Bentheim bei der Zollstelle herrschenden Praxis hätte eine Dame des gesellschaftlichen Kreises, dem der Anklage angehört, einen derart wertvollen Schmuck ohne weiteres über die Grenze nehmen dürfen. Wenn die Gattin des Angeklagten den Schmuck selbst getragen hätte, würde dies mit Rücksicht auf ihre gesellschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nicht beanstandet worden sein. Daß der Angeklagte nicht diesen Umweg gewählte, sondern den Schmuck einfach in der Tasche mit hinübergenommen habe, spreche mehr für als gegen ihn. Das Gericht erkannte deshalb auf

kostenlose Freisprechung.

Dieses Urteil reicht sich würdig der famosen Rechtsprechung an, wie sie von den republikanischen Gerichtshöfen seit der glorreichen Revolution besonders schwunghaft betrieben wird nach dem alten und bewährten Grundsatze von den zweien, die das selbe tun. Ist der Angeklagte ein adliger oder gar (man denke) fürstlicher Pump, kann er sich auf die Mitgliedschaft in einer „vaterländischen Partei“ berufen, denn ist der Freispruch sicher. Kein Gerichtshof wird es wagern, sich einem Schurken, der sich durch den Fortgang der Geburt von den „gewöhnlichen Sterblichen“ abhebt, keiner kostbaren Freiheit zu berauben. Wo ein Freispruch ganz unmöglich ist, erfüllt eine lächerliche Geldstrafe dieselbe Aufgabe.

Eines aber können auch noch so rechtfertigende, beschönigende Fertigungsgesprochen und Urteile nicht verhindern, daß den Volkswählern die Augen aufgehen. Da sehen sie die Herren, die Halbkaiser, die Stützen des Vaterlandes, in ihrer moralischen Erbärmlichkeit und Noth als Steuerhinterzieher, als Brillantenschmuggler, Sand in Hand mit den Schiebern und Wucherern, den Ratten gleich, die das finstere Schiff verlassen.

Wie tief es doch zu sehen auf dem 35. Absatze: „Wir lagen an dem jüdischen materiellen Geist der Vaterlandslosterkeit, der Raffgier und Genußsucht, die unser Volk so tief hat hinabsinken lassen.“

Größe löst die Urtheile nach außen und schmucklicher Eigennutz in der Seele sehen diese „höheren Kreise“ vor der Verachtung der Arbeitermassen.

Die schlechten Erfahrungen, welche die französische Regierung schon in der obersten Sache hinter sich hat, veranlassen sie...

Wir sind stark genug, um allein zu handeln. Aber wir wollen noch nicht, aus Achtung vor der Solidarität der Verbündeten...

Die Blätter der französischen Bourgeoisie vermeiden es, auf die scharfen Angriffe gegen Lloyd George fortzuführen...

Auch die Wiederarbeit des englischen Oberst Percypol in der Alliierten Kommission, nachdem er sich eine Zeitlang ferngehalten hatte...

Die französische Regierungspresse, die die Interpellationen in der Kammer scharf kritisiert, stimmt mit den Blättern der Rechten darin überein...

Den deutschen Unternehmern sollen ihre Eigentumsrechte nicht geschmälert werden.

Nach einer anderen Version wollen die englische und die französische Regierung den obersten Konflikt einem amerikanischen Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreiten.

Auch die polnische Regierung ist unter französischem Einfluß dieser Politik der Wiederherstellung der Einigkeit der aktiveren Konterrevolution gewonnen worden.

Man sieht, es ist den Herrschaften alles daran gelegen, vor der Katastrophenpolitik der polnischen und deutschen Rechts-putschisten, die die „bolschewistische Gefahr“ mit sich bringt...

Der Vorschlag, den Einfluß der deutschen Unternehmer zu sichern und gleichzeitig die polnische und damit die französische politische Machtstellung dennoch zu vergrößern...

Meuterei

eines französischen Reservistenlagers

Die französische Regierung schweigt ängstlich die Gärung in der Armee tot. Aber die Vorgänge, die sich dieser Tage im Gebiet von Dijon abgespielt haben, waren so ernsthaft...

Der englische Bergarbeiterstreik

(E.W.) London, 23. Mai. Wie immer am Wochenende, wurde auch diesmal berichtet, der Kohlenkonflikt ginge seinem Ende entgegen.

Die Arbeiter wollen einen Lohn auf der Basis von 128 Pro. über den Stand von 1914 annehmen, was dem Lebensstandard entspricht.

In Edinburgh wurden mehrere hundert Streikbrecher von ihren weiblichen Angehörigen zum Verlassen der Gruben gezwungen.

Straßenbahnerstreik in London?

Havas meldet aus London: Infolge des Streiks der Mechaniker des Elektrizitätswerks von Greenwich, das den Strom für die elektrische Straßenbahn von London liefert...

Kurze Muslandsnachrichten

In Portugal soll ein Rechtsputsch stattgefunden haben, der die Regierung verhalten ließ, und von monarchistischer Seite inspiriert ist.

Im nahen Orient hat sich unter dem Einfluß der bolschewistischen Ereignisse ein offener Wechsel in der Haltung der nationalen Regierungen vollzogen.

Die Rache für Leuna

Das „gemilderte“ Sondergericht verhängte lebenslängliche Zuchthausstrafe.

Die „Post“ berichtet unter dem Titel: „Die Sühne für Leuna“ aus Halle a. S. unter 20. Mai:

Das Naumburger Sondergericht verurteilte den Schmid Friedrich Sperber wegen vollendeten Hochverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer.

Die Rache der Bourgeoisie ist unersättlich. Die sozialdemokratischen „Milderungen“ stehen auf dem Papier.

Heraus mit den Opfern der weißen Justiz!

Nachklänge zu den Kämpfen in Mitteldeutschland

Auf der anderen Seite

Folgender Bericht wurde uns von zwei Sipolenten aus Merseburg übermittelt, die uns bereitwillig und genau Namen und Adressen angaben und jederzeit bereit sind, ihre Aussagen zu bekräftigen.

Ich bin seit 1912 in der S.B.D. Berlin organisiert, ging Anfang Dezember 1920 infolge Arbeitslosigkeit zur Sipol und wurde der 1. Hundertschaft Merseburg zugewiesen.

In Neuröffen setzten wir die Säuberungsaktion fort und machten ungefähr 40 bis 50 Gefangene. Ich beobachtete dabei, wie mein Kollege Siebert aus einem Hause zehn Mann herausholte...

Gewerkschaftliches

Der Pfingstgeist des „Courier“

In seinem Pfingstartikel vom 14. Mai 1921 schreibt der „Courier“, das Organ des Deutschen Transportarbeiterverbandes:

Politische Theorien, von niemand verstanden und von wenigen begriffen, drohen die Gewerkschaften zu sprengen.

Es ist dies eine nicht mißzuverstehende Kampfansage an die Kommunisten, denen der Urteilschreiber Absichten der Gewerkschaftszersörung unterschreibt, um ihnen schärfste Bekämpfung, also Sinauswurf anzudrohen.

Der „Courier“ wird aber keinen einzigen Fall anführen können, wo die Kommunisten die Einheit der Front gesprengt hätten.

Das Zusammen über die Uneinigkeit des Proletariats hat doch nur Sinn, wenn man will, daß sich die Arbeiterchaft geschlossen dem Unternehmertum entgegenwerfe.

Das Zusammen über die Uneinigkeit des Proletariats hat doch nur Sinn, wenn man will, daß sich die Arbeiterchaft geschlossen dem Unternehmertum entgegenwerfe.

mahtin zuschauen. Nach kurzem Aufenthalt am Donnerstag in Gröbers ging die Fahrt in Richtung Steuditz weiter.

In Schleuditz wurden uns von der Bevölkerung auf einem Auto acht verblümmelte Sipolente zur Schau gestellt.

Am Freitag spielte sich das Gescheh bei Belsenstedt ab. Auch hier wurden Gefangene gemacht. Unter diesen Gefangenen war auch ein Sipomann, der auslachte daß er von den Roten Truppen bei Gröbers gefangenommen und gut behandelt worden sei.

Nach diesem Vorfalle fuhrten wir einige Kilometer und bezogen in der Ortschaft zwischen Trebnitz und Rothenburg Quartier.

Während der gesamten Zeit der Aktion machte sich eine gewisse Opposition der Sipolente innerhalb meiner Hundertschaft zu den Zeitfreiwilligen bemerkbar.

Da wäre Material genug, um wahrhaftige Mörder und Menschenkinder ins Zuchthaus zu schicken, da wären Aufgaben für die so schnell zupackenden Sondergerichte.

band fester zu kitten, die Massen fest zusammenzuschweißen in Alarmbereitschaft zu halten.

Wir sehen aber, daß die Gewerkschaftsbürokratie, weiter beharrend in ihrer Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern, dies alles unterläßt.

Trotz alledem leugnet der „Courier“ die Berechtigung der Kritik der Kommunisten. Er schreibt: Die Gewerkschaften sind an sich Organisationen der revolutionären Tat.

Jawohl, gerade beim Rapp-Butsch haben die Gewerkschaftsführer bewiesen, daß ihnen der revolutionäre Wille fehlt. Die Macht der Gewerkschaften hat sich dort gezeigt, aber indem die Führerschaft vorzeitig den Kampf abbrach, daß sie einen faulen Frieden abschloß.

Ein revolutionäres Genossenschaftsprogramm

In die stumpfsinnigen Verhandlungen der zehn Unterverbandsstages der Konsumgenossenschaften, die zurzeit stattfinden, plähte wie eine Bombe der kommunistische Antrag, den unsere Genossen auf dem Württembergischen Genossenschaftstag in Rottweil stellten.

